

XXIV. GP.-NR

8648 /J

19. Mai 2011

ANFRAGE

der Abgeordneten Jarmer, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

betreffend Ausbildungspflicht auch für Jugendliche mit Behinderungen

In einer Aktuellen Aussprache des Sozialausschusses haben Sie, Herr Sozialminister, für die Einführung einer Ausbildungspflicht für Jugendliche geworben. Derzeit gibt es ihren Ausführungen zufolge jährlich rund 10.000 Jugendliche, die nach der Pflichtschule keine weitere Ausbildung machen.

Es gehe ihnen dabei nicht um Sanktionen, die Ausbildungspflicht solle vielmehr ein Ausbildungsrecht sein.

In diese Ausbildungspflicht sind Jugendliche mit Behinderungen oder Teilleistungsschwächen unbedingt einzubeziehen.

Es ist ein deutlicher Anstieg bei der Anzahl jener Jugendlichen zu verzeichnen, die am Übergang zwischen Schule und Beruf stehen und auf Grund einer Behinderung bzw. Teilleistungsschwäche bei einer beruflichen Erstintegration Unterstützung brauchen.

Zwar haben sich durch die Einführung der integrativen Berufsausbildung die Ausbildungsmöglichkeiten verbessert, der Lehrstellen- und Arbeitsmarkt grenzt aber immer mehr benachteiligte Jugendliche aus.

Wichtig wäre es auch, die Schnittstelle zwischen Schule, Ausbildung und Beruf durchlässiger zu gestalten

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Wann werden Sie ein konkretes Modell einer Ausbildungsverpflichtung für Jugendliche vorlegen?
- 2) In welcher Form werden Sie Jugendliche mit Behinderungen oder Teilleistungsstörungen einbeziehen?
- 3) Welche Programme werden für lernschwache Jugendliche in der geplanten Ausbildungspflicht enthalten sein?
- 4) Welche Programme werden für mobilitätsbehinderte Jugendliche in der geplanten Ausbildungspflicht enthalten sein?
- 5) Welche Programme werden für gehörlose Jugendliche in der geplanten Ausbildungspflicht enthalten sein?

- 6) Welche Programme werden für blinde Jugendliche in der geplanten Ausbildungspflicht enthalten sein?
- 7) Welche Programme werden für mehrfachbehinderte Jugendliche in der geplanten Ausbildungspflicht enthalten sein?
- 8) Wie weit sind die Arbeiten an einem Inklusionsfahrplan, der im Nationalen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen enthalten sein soll, gediehen?
- 9) Durch welche Maßnahmen werden Sie die Schnittstellen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf durchlässiger machen?
- 10) Durch welche Maßnahmen werden Sie die Durchlässigkeit zwischen erstem Arbeitsmarkt und geschütztem Bereich durchlässiger machen?

Andreas-Schick

h 21

Ch

St

Alex

Bj